

Antworten der Partei der Humanisten, DIE LINKE und der FDP auf die Forderungen des Frauenbeirats Marzahn-Hellersdorf

1. Thema Fraueninfrastruktur im Bezirk

Frauenprojekte sind wichtige und notwendige niedrigschwellige Anlaufstellen für Frauen im Bezirk. In den Frauenprojekten gibt es eine hohe Expertise zur Diskriminierungserfahrungen und Ungleichbehandlungen von Frauen. Das Angebotsspektrum ist dabei sehr vielfältig und reicht über geschlechtersensible Sozial-, Rechts-, und Anti-Gewalt-Beratung, Gruppenangeboten, Kultur, Gesundheit und Veranstaltungen und die Förderung des Frauensports. Die Förderung von Ehrenamt spielt ebenso eine große Rolle.

Wir fordern:

- Die langfristige Sicherung und den Ausbau der bestehenden Frauenprojekte in Marzahn-Hellersdorf. Dabei müssen Tarifierhöhungen, Mieterhöhungen, eine Erhöhung der Personalkosten und weitere erhöhte Kosten mitberücksichtigt werden. Erhöhte Bedarfe, z.B. durch die Corona-Krise, müssen sich auch in einem Ausbau der Personalmittel widerspiegeln.
- Die weitere Förderung der Frauensporthalle Marzahn-Hellersdorf durch das Bezirksamt
- Die Berücksichtigung der migrantischen Frauenprojekte „Interkultureller Frauentreff ROSA“ von Marie e.V. und der Personalstellen für geflüchtete Frauen beim Matilde e.V im nächsten Doppelhaushalt.
- Die Förderung von Projekten gegen Mehrfachdiskriminierung, wie z.B. die Förderung von Projekten für lesbische Frauen.

Antwort Die Humanisten

Finanzielle Barrieren für ehrenamtliches Engagement sollten nach Möglichkeit abgebaut werden. Bei zusätzlichen Kosten infolge der Corona-Krisen sollten Vereine und ehrenamtliche Helfer durch den Bezirk entlastet werden.

Marzahn-Hellersdorf ist ein bunter und vielfältiger Bezirk. Wir unterstützen daher die Förderung von Projekten gegen Diskriminierung im Bezirk. Das schließt selbstverständlich auch Projekte gegen Mehrfachdiskriminierung mit ein.

Antwort DIE LINKE

Wir stehen für die finanzielle Absicherung der Frauen- und Mädchenprojekte im Bezirk sowie die Unterstützung gezielter Projekte zur Förderung des Frauen- und Mädchensports. Angebote und Projekte für minderjährige Eltern und Alleinerziehende sowie Projekte zur Väterarbeit müssen gestärkt werden.

Seit vielen Jahren kämpfen wir für den Erhalt und den Ausbau der Fraueninfrastruktur und stehen dabei mit den Frauenprojekten Seite an Seite.

Antwort FDP

Marzahn-Hellersdorf ist ein großartiger und vielfältiger Bezirk. In den letzten Jahrzehnten wurde in Bezug auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern formal schon viel erreicht. Doch wir sehen immer noch einen Unterschied zwischen formalen Rechten und gelebter Wirklichkeit. Daher setzen wir uns dafür ein, dass langfristige, krisenfeste und vor allem auskömmliche Finanzierung der Infrastruktur der Frauenhilfe sichergestellt ist. Beratungsstellen sind darin zu

unterstützen, ihre Angebote auch digital z.B. per Videokonferenz anzubieten. Diese digitalen Angebote sollen hierbei in möglichst vielen verschiedenen Sprachen angeboten werden.

2. Thema Alleinerziehende

In unserem Bezirk machen Alleinerziehende mit ihren Kindern ein Drittel aller Familien aus. Das entspricht ungefähr einem Anteil von 12 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Ungefähr 95% der Alleinerziehenden sind Frauen. Sie haben, selbst wenn sie erwerbstätig sind, ein überdurchschnittliches Armutsrisiko sowie erheblich höhere gesundheitliche Belastungen im Vergleich zu Eltern, die in Paarbeziehungen leben. Beides wirkt sich auch nachteilig auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Gesundheit ihrer Kinder aus. Alleinerziehende sind in ihrem Alltag und in ihrer steuerlichen und sozialrechtlichen Behandlung immer noch benachteiligt. Viele dieser Benachteiligungen können nur durch die Bundesgesetzgebung behoben werden. Die Bezirkspolitik kann aber mit unterstützenden Maßnahmen den besonderen Belastungen Alleinerziehender entgegenwirken. Zudem kann sie dazu beitragen, dass die besonderen Leistungen Alleinerziehender mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Eine gute Politik für Alleinerziehende fördert die Geschlechtergerechtigkeit. Sie ist durch ihre unmittelbaren Auswirkungen auf das Leben der Kinder auch Ausdruck einer kinderfreundlichen und zukunftsfähigen Kommunalpolitik.

Wir fordern:

- dass die Bezirkspolitik sich in größerem Maße als bisher der fairen und angemessenen Förderung von Alleinerziehenden als gleichberechtigter Familienform mit ihren besonderen Belastungen verpflichtet.
- eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ gute Versorgung mit kostenloser Kinderbetreuung, ergänzend auch bei atypischen Arbeitszeiten, und zusätzlichen flexiblen Angeboten der Kinderbetreuung.
- eine finanzielle Unterstützung gesundheitsfördernder Angebote mit Kinderbetreuung und/oder zeitgleichen Kinderangeboten.
- eine verlässliche finanzielle Förderung der bezirklichen Koordinierungsstelle Netzwerk Alleinerziehende.
- die Gewährleistung eines sicheren und diskriminierungsfreien Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum.

Antwort Die Humanisten

Wir wollen uns für eine faire und angemessene Förderung von Alleinerziehenden als gleichberechtigter Familienform im Bezirk einsetzen. Für eine zweckmäßige Förderung sollten die Alleinerziehenden in den Ausgestaltungsprozess mit eingebunden werden.

Die Versorgung mit Kitas und sonstigen Angeboten der Kinderbetreuung muss zeitgemäß ausgebaut werden. In der Zeit, in der die Eltern auf Arbeit sind, muss auch eine Kinderbetreuung sichergestellt sein. Neben einer garantierten Betreuung in der Zeit von 7 bis 19 Uhr setzen wir uns darüber hinaus für die Einführung eines mobilen Kinderbetreuungsservices für Nachtzeiten in Marzahn-Hellersdorf ein, um auch die Betreuung der Kinder sicherzustellen, deren Eltern in Bereichen wie etwa der Pflege, Polizei o.ä. tätig sind.

Die Ziele der Koordinierungsstelle Netzwerk Alleinerziehende sind aus unserer Sicht unterstützenswert und müssen vom Bezirk und dem Senat entsprechend verlässlich gefördert werden.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Beispielsweise durch eine stärkere Förderung von Wohnungsneubau mit sozialer Widmung kann ein sicherer und diskriminierungsfreier Zugang zu Wohnraum gewährleistet werden.

Antwort DIE LINKE

DIE LINKE kämpft für eine solidarische Gesellschaft, in der jedem Menschen unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Herkunft, seinem Lebensalter, seiner seelischen und körperlichen Verfasstheit, seiner Weltanschauung, seiner Religion oder seiner sexuellen Orientierung, das Recht auf soziale Sicherheit, der Schutz vor sozialem Elend, das Recht auf Wohnen und Chancengleichheit gewährt wird. Wir unterstützen Anti-Diskriminierungskampagnen, auch in Zusammenarbeit mit Jugend- und Sportvereinen sowie Schulen, in Verbindung mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus, um einer zunehmenden Gewalt gegen Minderheiten entgegenzuwirken.

Alleinerziehende, Ein-Eltern-Familien und getrennt Erziehende stellen ein Drittel aller Berliner Familien. Für sie sind die Belastungen im Alltag und bei der Fürsorge oft besonders hoch. Wir unterstützen jede Form des Zusammenlebens, denn Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Aus diesem Grund ist die Unterstützungsstruktur der bezirklichen Koordinierungsstellen für Alleinerziehende besonders wichtig. Zusammen mit den geplanten neuen Sozialarbeiter:innenstellen müssen sie weiter ausgebaut werden. Zusätzlich braucht es mehr eigene Beratungsangebote für Alleinerziehende, um rechtliche Ansprüche geltend zu machen, die Kinderbetreuung zu sichern sowie die Ausbildungswege und Arbeitsplatzsuche zu begleiten.

Ergänzend fordern wir die Einrichtung von Familienservicebüros bei allen bezirklichen Jugendämtern, in denen die dortigen Leistungsangebote gebündelt werden. Die besonderen Herausforderungen für Alleinerziehende liegen oft in ganz alltäglichen Situationen. Sowohl die Arbeitswelt als auch der private Raum sind zumeist auf das Ideal der Kernfamilie mit mindestens zwei Erwachsenen ausgelegt. Alleinerziehende kämpfen hier mit Anforderungen, die sie kaum bewältigen können. Sei es aus Zeitgründen, sei es, weil sie Erwerbsarbeit und Sorgearbeit kaum unter einen Hut bringen können. Dies trifft insbesondere Frauen, denn 86 Prozent der Alleinerziehenden sind Mütter.

DIE LINKE will eine wohnortnahe Versorgung mit Kindergärten und Schulen, Parks und Grünflächen, Bürgerämtern und Bibliotheken. Wir fordern einen bezirklichen Infrastrukturplan, um flächendeckend öffentliche Leistungen in bezirkseigenen Räumen anbieten zu können, damit diese Angebote nicht dem Markt und steigenden Mieten unterworfen sind. DIE LINKE versteht Kita & Schule als soziale Räume, in denen es um Bildung und Erziehung als Voraussetzung für Teilhabe in einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft geht. Wir wollen gute Bildungschancen für alle als einen wichtigen Baustein zur Bekämpfung von Kinderarmut! Dazu gehört auch, dass Bildung kostenfrei allen zur Verfügung steht: mit einem Kitabesuch, mit allen benötigten Lernmaterialien in der Schule, mit einem möglichen Hortbesuch für alle in der Grundschule, mit einem ÖPNV-Ticket und mit einem warmen Mittagessen für alle Schüler:innen. Dazu gehört, dass der Fachkräftemangel in Kitas und Schulen durch Verbesserungen der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, durch bessere Bezahlung und andere Maßnahmen beseitigt werden muss!

Wir setzen uns für eine fortschrittliche Familienpolitik ein. Dazu gehört auch, dass es mehr Angebote für alleinstehende Schwangere und unterstützende Betreuungsmöglichkeiten auch außerhalb von Kita- und Hortzeiten geben muss. Mit den Betrieben muss eine gemeinsame Lösung erarbeitet werden, um mehr Berufsausbildung in Teilzeit zu ermöglichen. Freizeitangebote müssen auch für Alleinerziehende attraktiv und nutzbar sein. Familien sind

mehr als nur Verfahrensstatistik. Die zuständigen Mitarbeiter:innen müssen insbesondere im sensiblen Bereich des Familienrechts die nötige Zeit zur Verfügung haben, um Familien in schwierigen Situationen zu begleiten. Zudem müssen vor allem die Verwaltungsmitarbeiter:innen ausreichend und fortlaufend qualifiziert und geschult werden. Wir setzen uns für die Stärkung der Arbeit der verschiedenen Akteur:innen ein. Noch immer bestehende Tariffücken in der Bezahlung wollen wir schließen.

DIE LINKE setzt sich im Zusammenhang mit den Erfahrungen aus der Pandemie dafür ein, dass Gesundheit und Pflege nicht der Profitlogik geopfert werden. Deshalb kämpfen wir für ein sozial gerechtes und solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem. Das heißt unter anderem auch: die Gewährleistung der psychosozialen Versorgung und von verschiedenen Beratungsangeboten, die Stärkung des Zentrums für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, die Weiterführung des Projektes der „Babylotsen“ und die Ausgestaltung des Netzwerks „Rund um die Geburt“.

Antwort FDP

Um Alleinerziehende und ihre Kinder besser zu unterstützen, fordern wir, dass Unterhaltsvorschüsse schneller durch die Bezirksämter ausgezahlt und vom säumigen Zahle oder der säumigen Zahlerin konsequent eingezogen werden. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Alleinerziehende und getrennt Erziehende finanziell stärker unterstützt werden. Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, dass Alleinerziehende und getrennt Erziehende eine Kinderzulage in Höhe des Kindergeldes pro Quartal erhalten.

Eine vielfältige Kita-Landschaft bietet gerade Alleinerziehenden eine größere Flexibilität. Wir setzen uns für bedarfsgerechte Öffnungszeiten und der Schaffung einer 24h Kita ein. Wir wollen wir das Angebot „Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten“ (MOKIS) deutlich ausbauen. Damit ein passender Platz für die Kinderbetreuung gefunden werden kann, setzen wir uns zur zentralen Online-Anmeldung bei allen öffentlichen und privaten Kindertagesstätten für die Schaffung eines funktionierenden Kitanavigators ein, damit transparente Wartelisten und ein vollständig digitales Aufnahmeverfahren möglich gemacht werden können.

Bezahlbarer Wohnraum muss allen Bevölkerungsgruppen zugänglich sein. Deshalb steht die Schaffung von neuem Wohnraum im Mittelpunkt unserer Stadtentwicklungspolitik. Neubau ist mit einer generationengerechten Nachhaltigkeit zu planen. Wohnraum für Neuzuwandernde, sowie für im Bezirk Lebende, muss dem demographischen Wandel gerecht werden und bezahlbar bleiben. Junge Menschen, Familien, aber auch die älteren Generationen sollen in unserem Bezirk ohne Probleme beieinander und miteinander leben können.

3. Thema Kommunalpolitische Gremien

Nur durch die geschlechtergleiche Besetzung aller bezirklichen Gremien kann sichergestellt werden, dass die Situation und die Interessen von Frauen in allen Politikbereichen angemessen betrachtet und berücksichtigt werden.

Wir fordern:

- Dass in allen Ausschüssen im Bezirk Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind. Dies gilt sowohl für die sozialen als auch für die wirtschaftsnahen Ausschüsse.
- Dass alle Ausschüsse bei Beratungen und Entscheidungen die Auswirkungen mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigen
- Die Beibehaltung eines Ausschusses Gleichstellung als ein wichtiges Gremium.
- Eine Erhöhung des Frauenanteils in allen Fraktionen der BVV

- Die Beibehaltung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten im Verantwortungsberich der/des Bezirksbürgermeisterin / -meisters

Antwort Die Humanisten

Wir stehen für die Chancengleichheit aller Menschen. Erzwungene Parität verletzt aus unserer Sicht jedoch die Gleichheit der Wahl. Zudem lässt sie nichtbinäre Menschen unberücksichtigt. Statt künstlicher Ergebnisgleichheit wollen wir in Maßnahmen investieren, die gleiche Chancen auch in der Politik ermöglichen.

Unser Ziel ist eine Welt, in der strukturelle Diskriminierung abgebaut ist und niemandem mehr wegen seiner Gruppenzugehörigkeit Steine in den Weg gelegt werden. Um dies zu erreichen, eignen sich universelle Maßnahmen besser als etwa Frauen- oder Diversitätsquoten. Wir lehnen die Reduzierung der Eigenschaften eines komplexen Individuums auf einzelne Merkmale wie sein Geschlecht grundsätzlich ab.

Gleichstellung ist für uns trotzdem eine wichtige, gesellschaftliche Aufgabe. Wir setzen uns daher für die Beibehaltung eines Gleichstellungsausschusses sowie des Amtes eines Gleichstellungsbeauftragten ein. Wichtige Entscheidungen der Bezirksverordnetenversammlung sollten selbstverständlich auch unter Gesichtspunkten der Gleichstellung getroffen werden.

Antwort DIE LINKE

Trotz des nunmehr einhundert Jahre alten Frauenwahlrechts in Deutschland und einer weitgehenden Gleichberechtigung ist der Handlungsauftrag aus Artikel 3, Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes noch nicht erfüllt. Auch wenn Frauen* formal im Bereich der politischen Partizipation die gleichen Rechte haben, können sie diese nicht in vollem Umfang in Anspruch nehmen. Insbesondere Frauen* mit geringem Einkommen und hoher Sorgeverantwortung für andere Menschen haben kaum Möglichkeiten, ihr passives Wahlrecht wahrzunehmen. Es sind Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Frauen* aus dem Niedriglohnsektor, Frauen* mit Rassismuserfahrung und viele andere marginalisierte Frauen*, die am wenigsten am Politikbetrieb partizipieren und deren Sichtweise im Parlament und in der Regierung fehlt. Wir setzen uns auf Landesebene weiterhin für ein Wahlgesetz zur paritätischen Aufstellung der Wahlkreis- und Listenbewerber:innen ein, als verfassungsrechtlich gebotenes Mittel, um die Durchsetzung der gleichberechtigten demokratischen Teilhabe aller Geschlechter zu ermöglichen.

Als LINKE haben wir bereits seit langem verankert, dass innerparteiliche Aufstellungsprozesse für Wahlen geschlechterparitätisch erfolgen. Unsere Fraktion besteht zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern. Dies schlägt sich auch in den Ausschussbesetzungen nieder. Die vordersten drei Plätze unserer Liste für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung sind alle von Frauen besetzt. Unsere Fraktionsmitglieder sind sensibilisiert, dass sie bei Entscheidungen auch die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigen und wir stehen auch hinter einem eigenständigen Ausschuss für Gleichstellung in der Bezirksverordnetenversammlung. Aufgrund der Bedeutung sollte die Gleichstellungsbeauftragte im Bereich der Bezirksbürgermeisterin angesiedelt sein.

Antwort FDP

Die Partei der Freien Demokraten steht für Vielfalt – auch in der eigenen Organisation. Der Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf versucht daher mit gutem Beispiel voranzugehen und eine Erhöhung des Frauenanteils in Gremien und auf Listen sicherzustellen. Insgesamt ist jedoch ein Kulturwandel in der Gesellschaft notwendig. Für echte Chancenverwirklichung braucht es auch faire Rahmenbedingungen, ein Bewusstsein für Vielfalt und Mut zur Veränderung. Wenn Frauen und Männer Verantwortung übernehmen wollen, muss dafür sensibilisiert und geworben werden. Unser Leitbild ist die ausgeglichene

Repräsentation von Frauen und Männern in allen Positionen, ohne dafür Vorschriften zu erlassen. Eine vielfältige Besetzung der kommunalpolitischen Gremien ist daher unser Ziel. Eine Quote oder sonstige starre Vorgaben lehnen wir jedoch ab. Ein Paritätsgesetz, das den Parteien Quoten vorgibt, begegnet unseres Erachtens auch verfassungsrechtlichen Bedenken. Diese Bedenken wurden durch gerichtliche Entscheidungen bestätigt.

Wir unterstützen jede Anstrengung um ein gleichberechtigtes Arbeiten von Frauen und Männern, mit und ohne Erziehungspflichten, an der Gremienarbeit zu ermöglichen. Dazu gehören für uns unter anderem die weitere Möglichkeit von hybriden Sitzungen, Möglichkeiten der Vertretung in Ausschüssen. Alle Sitzungen müssen zuverlässig und mit Untertiteln übertragen werden, außerdem muss bei Abstimmungen das Verhalten der Fraktionen und Einzelverordneten vor Ort wie auch online einsehbar sein.

4. Thema häusliche Gewalt

Die Corona-Situation hat zu einer vermehrten Thematisierung von häuslicher Gewalt in der Öffentlichkeit, den Medien und der Politik geführt. Die damit in Berlin begonnene Schaffung weiterer Schutzplätze ist wegweisend, um das Unterstützungssystem weiter auszubauen, denn schon vor Beginn der Corona-Pandemie gab es zu wenig Schutzplätze für Frauen und ihre Kinder. Zudem mangelte es an personellen und finanziellen Ressourcen, um eine angemessene Unterstützung und Beratung für schutzsuchende/ unterstützungssuchende Frauen und ihre Kinder, vor allem in den Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf, zu gewährleisten. In unserem Stadtbezirk gibt es 2 Anlaufstellen für die Beratung gewaltbetroffener Frauen, eine vom Träger MIM e. V. im Eastgate (Marzahn) und eine vom Träger Matilde e. V. in der Stollberger Straße (Hellersdorf). Beide Beratungsstellen werden durch das Bezirksamt finanziell unterstützt. Die zur Verfügung gestellten Gelder reichen jedoch angesichts des seit Jahren

steigenden Bedarfs und dementsprechende personelle Ausstattung nicht aus. Einem BVV-Beschluss und dem Engagement der Gleichstellungsbeauftragten und der Bezirksbürgermeisterin ist es zu verdanken, dass es seit 2020 im Bezirk nunmehr Schutzplätze für 4 Frauen mit max. 6 Kindern in Form von 2 Zufluchtwohnungen gibt. Aber auch das wird dem tatsächlichen Bedarf nicht gerecht!

Wir fordern:

- die Bereitstellung finanzieller Mittel des Bezirks für den Erhalt bestehender und die Einrichtung weiterer Beratungs- und Erstanlaufstellen im Bezirk zur Bekämpfung häuslicher Gewalt im Bezirk und für die qualitative Entwicklung der Beratungsstellen zu Fach- und Interventionsberatungsstellen.
- die Einrichtung eines Frauenhauses bzw. weiterer Frauenschutzplätze im Bezirk und die Unterstützung der Träger, die diese Vorhaben umsetzen
- eine aktive Kommunikation mit der Senatsverwaltung Gesundheit, Pflege und Gleichstellung hinsichtlich der Bedarfe und der Notwendigkeit des Ausbaus des Unterstützungssystems in Marzahn-Hellersdorf.

Antwort Die Humanisten

Für einen großen Bezirk wie Marzahn-Hellersdorf sind Schutzplätze für 4 Frauen und 6 Kinder deutlich zu wenig. Es müssen deshalb mehr Schutzplätze für Opfer häuslicher Gewalt im Bezirk geschaffen und entsprechend unterstützt werden. Darüber hinaus müssen bestehende Beratungs- und Erstanlaufstellen finanziell besser gefördert werden.

Eine aktive Kommunikation mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ermöglicht im Bedarfsfall einen Austausch mit anderen Bezirken und die bedarfsgerechte Anpassung der Angebote.

Antwort DIE LINKE

Gewalt, sexuelle Belästigung und Sexismus müssen gesellschaftlich geächtet werden. Frauen sind in ihrem persönlichen Schutzraum, dem Zuhause und im privaten Umfeld, nach wie vor am meisten von Gewalt betroffen. Diese Gewalt muss überwunden werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauenhausplätze entsprechend der Istanbul-Konvention – 2,5 Schutzplätze je 10 000 Einwohner:innen – vorhalten. Die Beratungsstellen sowie Frauenhäuser müssen mit daten-sicherer Onlineberatung erweitert werden. Zusätzlich werden wir präventive Maßnahmen stärken und die Arbeit mit Täter:innen langfristig institutionell finanzieren. Im Bezirk stehen wir für die Schaffung weiterer Plätze in Zufluchtwohnungen und die Errichtung eines Frauenhauses im Bezirk sowie eine Interventions- und Fachberatungsstelle für Opfer von häuslicher Gewalt. Hierzu haben wir bereits Anträge in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.

Antwort FDP

Mit der Ratifizierung und dem Inkrafttreten der Istanbul-Konvention hat sich Deutschland zu einer Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt verpflichtet, was uns auch in Berlin und Marzahn-Hellersdorf in die Pflicht nimmt. Kinder und Frauen müssen, wenn sie Gewalt erlitten haben, schnell und unkompliziert Schutz erhalten. Wir setzen uns daher für eine Regelfinanzierung von Zentren der Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt ein. Dort sollen alle Angebote für Opfer sowie für Täterinnen und Täter unter einem Dach gebündelt werden. Die ganze Familie bekommt psychologische und sozialpädagogische Betreuung. Die Präventionsarbeit ist dabei ein wichtiger Bestandteil.

Die Anzahl der Schutzräume für Frauen und ihrer Kinder ist leider zu wenig. Deshalb muss die Zahl der Frauenhausplätze ausgeweitet werden und die Zahl der Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen erhöht werden. Barrierefreiheit und Mutter-Kind-Plätze auch für ältere Söhne sind dabei zu berücksichtigen. In den Frauenhäusern sind WLAN und digitale Strukturen vorzuhalten, die es den

Bewohnerinnen ermöglichen, sich zu bewerben bzw. bestmöglich ihrem Beruf, ihrer Ausbildung oder ihrem Studium nachzugehen. Außerdem fordern wir übergangsweise die Unterbringung von Betroffenen in Hotels zu ermöglichen.

Die Kapazitäten im Jugendamt müssen außerdem weiter ausgebaut werden, um den Anforderungen des Kinderschutzes gerecht zu werden. Darüber hinaus muss die Gewaltschutzambulanz langfristig finanziell abgesichert werden.